

Landrat Bodo Klimpel

Jüdischer Friedhof, Gedenktag, 5. November 2023, 11:30 Uhr

Sehr geehrter Herr Dr. Gutkin,

(weitere Anreden)

meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie in jedem Jahr, gedenken wir auch heute gemeinsam der Menschen jüdischen Glaubens, die in Riga ermordet wurden. Unter ihnen waren Frauen, Männer, Alte und Kinder. Sie alle wurden damals im November 1942 aus dem Kreis Recklinghausen, aus Bochum, aus Dortmund und aus Gelsenkirchen verschleppt.

Wir alle hier wissen, wie wenige, nämlich nur 17 Mitglieder der jüdischen Gemeinde Recklinghausen lebend zurückgekehrt sind.

Der heutige Gedenktag ist ein ganz besonderer. – Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Hätten Sie mich vor ein paar Jahren gefragt, ob sich Antisemitismus und ob sich Judenfeindlichkeit in unserem Land einmal wieder so schamlos zeigen würden, wie wir es in diesen Tagen erleben, ich hätte es verneint.

Ich weiß, dieses Land war nie wirklich vom Antisemitismus befreit, aber wir alle hatten doch die Hoffnung, dass die - dem Grunde nach - aufgeklärten Menschen nach alledem, was geschehen ist, jede Gelegenheit nutzen würden, neuerlichem Aufkeimen von Hass und Unmenschlichkeit entgegenzutreten.

Zutiefst enttäuscht muss ich heute einräumen, dass ich zu optimistisch gedacht habe. Ich habe geglaubt, dass der endgültige Kulturbruch, der auch zu den menschenverachtenden und fürchterlichen Ereignissen von

Riga geführt hat, so wach in unser aller Erinnerung ist, dass das Bewusstsein geschärft bleibt. Geschärft, damit so etwas nie wieder passiert. Geschärft, damit wir alles tun, so etwas nie wieder zuzulassen. Und geschärft, damit wir mahnen und warnen.

Aber das, meine Damen und Herren, was in den vergangenen Tagen – auch in Deutschland – sichtbar wurde, ist unfassbar. Es ist Realität, wenn Juden in Deutschland Angst wie nie zuvor seit 1945 haben müssen. Was für eine Schande! Für uns, für unser Land! Dabei haben wir uns immer wieder und wieder versprochen, dass es nie wieder passieren wird.

Wie lange wollen wir in Deutschland dulden, dass auf deutschen Straßen judenfeindliche Parolen gegrölt, Morde verharmlost, israelische Fahnen verbrannt und Judensterne auf Haustüren der in unserem Land lebenden Juden gemalt werden, so wie in den 1930er-Jahren an Fassaden von Geschäften stand, man solle nicht bei Juden kaufen?

Meine Damen und Herren, bei einer Demonstration in Berlin gegen Israel war vor wenigen Tagen ein Satz zu hören, der fassungslos macht und der mich zutiefst empört.

So wurde gerufen: "Free Palestine from German guilt!" ("Befreit Palästina von deutscher Schuld!") Das ist ein unsäglicher, ein gefährlicher, ein geschichtsvergessener und ein antisemitischer Satz. Er behauptet, Deutschland würde aus einem Schuldempfinden heraus das Leid von Palästinensern gezielt unterdrücken. Das ist falsch und infam gleichermaßen.

So ein Satz fordert gewissermaßen dazu auf, einen Schlusstrich unter etwas zu ziehen, was sogenannte deutsche Staatsräson ist.

Man kann es aber nicht oft genug betonen, auch wenn palästinensische Hamas-Terroristen und auch weite Teile der arabischen Welt, wie der Iran, es negieren wollen: Das Existenzrecht Israels und dessen Erhalt ist ein Staatsziel der Bundesrepublik Deutschland. Es geht dabei nicht um Schuld, sondern um ein Versprechen. Es ist die für immer gültige Lektion aus dem Holocaust: "Nie wieder!"

Die Demonstranten skandierten ihren unsäglichen Satz von deutscher Schuld nur wenige Hundert Meter vom Denkmal für die ermordeten Juden Europas entfernt.

(Übrigens ein Mahnmal, das aus Furcht vor Anschlägen, derzeit von der Polizei abgeriegelt und überwacht wird.)

Die Forderung, doch endlich von einem angeblichen Schuld kult in Deutschland abzusehen, ist nicht unbekannt. Man kennt sie besonders gut aus dem rechten politischen Spektrum. So hetzte etwa der rechtsextreme AfD-Politiker Björn Höcke 2017: "Wir Deutschen sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat." Und ein Jahr später sagte sein Parteikollege Alexander Gauland: "Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1.000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte."

Nichts ist an diesen widerlichen AfD-Parolen und an antisemitischen Ausschreitungen jüngst in Berlin zu beschönigen.

Aber, dass vermeintlich gebildete Demonstranten von Berlin-Mitte aus das Gebiet Palästina von den behaupteten Auswirkungen deutscher Schuld befreien wollen, ist nicht minder schlimm. Das stellt nicht nur unsere historische Verantwortung in Frage, sondern ignoriert auch die existenzielle Bedrohung durch Krieg und Terror aus der direkten Nachbarschaft, der Israel seit seiner Staatsgründung fortwährend ausgesetzt ist.

Es geht bei der deutschen Haltung zu Israel nicht um Schuld. Das Menschheitsverbrechen des Holocaust ist eine Schuld, die nicht beglichen werden kann, schon gar nicht von den nachfolgenden Generationen. Es geht um eine fortwährende Verpflichtung, jüdisches Leben zu schützen – in Deutschland ebenso wie in Israel.”

Ist in diesen Tagen alles schlecht? Gibt es keinen Silberstreif am Horizont, der uns nicht doch noch Hoffnung machen könnte? Doch, es gibt sie noch, die vielen Menschen in unserem Land, die richtig ticken. Wie hier in Recklinghausen: Vor knapp einer Woche haben bei strömendem Regen über 300 Menschen vor der Synagoge Flagge gegen Antisemitismus und Terror gezeigt. Die große Anzahl der Aufrichtigen ist vielleicht still, wahrscheinlich zu still. Aber neben zahlreichen Vereins- und Verbandsinitiativen, neben privatem Engagement, haben unmittelbar nach den brutalen Übergriffen durch die Hamas bedeutende deutsche Wirtschaftsunternehmen großformatige Anzeigen überregional mit der Überschrift „Nie wieder ist jetzt“ geschaltet.

Die deutsche Wirtschaft - einer der wichtigsten Akteure der Zivilgesellschaft – meldet sich in Sachen Antisemitismus zu Wort und nimmt ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Pflicht. Ein erfreulicher und bemerkenswerter Schritt, den es zuvor noch nicht gegeben hat. Auch nicht vor Januar 1933. Zum ersten Mal bekennt sich eine repräsentative Anzahl deutscher Unternehmen zu ihrer historischen Verantwortung. Die Anzeige konkretisiert, was "Nie wieder", der Appell, den die Auschwitz-Überlebenden einst an uns gerichtet haben, bedeutet: "Nie wieder ist jetzt". Der 7. Oktober 2023 ist - was Opferzahl und

Bestialität des Mordens angeht - der grauenhafteste Tag für jüdische Menschen weltweit seit 1945.

Deswegen ist die Verbindung des Hamas-Terrors mit der Erinnerung an den Holocaust nicht vermessen: Wieder einmal steht jüdischen Menschen die Möglichkeit der eigenen Auslöschung vor Augen. In dieser Situation setzt die Anzeige ein sehr wichtiges Signal. Sie sagt den jüdischen Deutschen: Ihr seid nicht allein. Wir müssen allen die so denken, Mut vermitteln, sich so zu äußern, ihre Meinung kundzutun und das Feld nicht den Hasspredigern – egal aus welcher politischen Richtung – überlassen.

Der Aufruf ist vielleicht nur ein Mosaikstein im Kampf gegen Antisemitismus, aber er hilft mit Worten und der Vehemenz der Wirtschaftskraft der Unternehmen klare und eindeutigen Linien zu ziehen. Linien, die in der Geschichte der Bundesrepublik nach Kriegsende immer wieder gezogen wurden.

Aber wenn die Kreidestriche dieser Linien vielleicht verblassen oder zu verwischen drohen, muss es jemanden geben, der sie entschlossen mit dickem Strich und gut erkennbar nachzieht.

Meine Damen und Herren, das was im Augenblick passiert, geht uns alle an. Der Publizist Michel Friedmann hat es vor ein paar Tagen in der Fernsehsendung „Hart aber herzlich“ so formuliert: „Ich will nicht, dass

Juden Angst in diesem Land haben. (...) Ich erwarte auch, dass jeder begreift, dass erst wir eingeschüchtert werden und wenn wir eingeschüchtert sind, werden alle eingeschüchtert. Wir sind nur die Ersten.

Es geht in diesen Auseinandersetzungen nicht einmal um Israel. Es geht um die Frage, leben wir auch in Deutschland in einer freien liberalen aufgeklärten Gesellschaft oder in einer autoritären von Religionen bestimmten? Ich kann nur sagen es lohnt sich für die freie Gesellschaft zu kämpfen.“ (Zitat Ende)

Das NS-Regime ist nicht über Nacht vom Himmel gefallen. Viele kleine Schritte haben über Jahre hinweg dazu geführt, dass sich rechtes Gedankengut in Deutschland breit machen konnte, begleitet von immer mehr Zuspruch und immer weniger Ablehnung.

Wir müssen ehrlich zu uns selber sein. In diesem Jahr erleben wir, dass Hass, Ausgrenzung und Diffamierung wieder hoffähig sind.

Es kann und darf doch nicht sein, dass jüdisches Leben, das wir in Deutschland unbedingt haben wollen, wieder in Gefahr ist!

So lobenswert das Engagement der Wirtschaft auch ist, es reicht nicht! Denn Sorge macht diese trügerische Ruhe, die in – oder besser gesagt auf – der Gesellschaft liegt. Wenn es tatsächlich einen breiten gesellschaftlichen Konsens gegen Rechtsaußen und gegen Antisemitismus gibt, dann ist die Anzahl derjenigen, die sich dazu offen äußern, recht überschaubar. Wenn wir sagen, „Nie wieder ist jetzt“, also Auschwitz darf sich nie mehr wiederholen, dann darf sich natürlich auch das nie mehr wiederholen, was Auschwitz erst möglich gemacht hat.

Gerade wir Deutschen haben durch unsere Massenverbrechen während des Nationalsozialismus eine herausragende, eine einmalige Verantwortung. Wir wissen genau, dass mangelnde Zivilcourage, fehlendes Mitgefühl und verabscheute Toleranz zu Diktatur und Vernichtungslagern führen.

Meine Damen und Herren, es scheint, als wolle man sich in Deutschland nicht immer daran erinnern, wie Faschisten an die Macht gekommen sind. Auch damals waren es nur einzelne Stimmen, auch damals gab es zunächst nur wenig Zuspruch für die, die falsche Hoffnungen und unrealistische Versprechen gepaart mit Hass und Überheblichkeit marktfähig machen wollten. Aber es wurden immer mehr.

Es muss uns deshalb alarmieren, wenn radikale Kandidatinnen und Kandidaten als Abgeordnete in Parlamente oder Bürgermeister in Rathäuser einziehen. Die Wahlbeteiligung betrug in solchen Fällen oftmals knapp 50 Prozent. Den übrigen fast 50 Prozent der Wahlberechtigten, also der Hälfte der Menschen, war es schlichtweg egal, wie eine solche Wahl ausgeht oder welche Folgen sie haben könnte.

Zur Ursachenforschung, warum die Weimarer Republik gescheitert ist, gehört die Erkenntnis, dass die Lähmung und der Verfall des demokratischen Gemeinwesens nicht zuletzt die Folge verschobener Maßstäbe, geschwächter Abwehrbereitschaft und falsch verstandene Toleranz gegen die Feinde der Demokratie war.

Wir dürfen uns all das nicht schönreden. Man sollte sich nicht damit beruhigen, dass ein kleines Landratsamt in Händen der AfD oder 20 Prozent in den Meinungsumfragen zwar ärgerlich, aber für unsere Demokratie doch nicht wirklich bedrohlich seien. Das mag für den

Augenblick vielleicht sogar stimmen. Vor einem kleinen Feuer muss man keine Angst haben. Man kann es unter Kontrolle halten. Aber was ist, wenn es eine demokratische Dürre gibt? Was ist, wenn eine ohnehin leicht entzündliche Lage entsteht? Und was ist, wenn Wind das Feuer begünstigt? Dann besteht die Gefahr eines Flächenbrandes, der nur schwer zu löschen sein wird.

Meine Damen und Herren, je weiter der Holocaust in die Vergangenheit rückt, je weniger Zeitzeugen unter uns leben, je mehr Menschen in unserer Gesellschaft leben, die anderer Herkunft sind, andere kulturelle Wurzeln und eine andere Sozialisation haben, desto wichtiger wird es, das Bewusstsein für die besondere geschichtliche Verantwortung Deutschlands wachzuhalten. Einen Schlussstrich darf es niemals geben. Wir sind es den Toten schuldig, wir sind es den Lebenden schuldig – und genauso den kommenden Generationen.

Nicht zu vergessen ist allerdings nicht genug, die Erinnerung muss zu Konsequenzen führen, im Denken und im Handeln heute. Es darf keine Entschuldigung sein oder werden, wir hätten uns mit Trauer im Herzen an das Grauen erinnert, ohne dass wir heute entsprechend handeln.

Es gibt eine gemeinsame Verantwortung; Verantwortung für die Erinnerung und für die Gestaltung der Zukunft. Verantwortung, Lehren aus den nationalsozialistischen Verbrechen zu ziehen. Verantwortung, die Würde des Menschen nie aus dem Blick zu verlieren.

Wir dürfen nicht vergessen! Nie wieder ist jetzt!